

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 97. XI. BAND 5. Juni 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"

Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Nr. 97 5. Juni 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Polen, die Ukraina und die „Randvölker-Frage“.

I.

Der große Kladderadatsch in der Ukraina kommt für die Polen nicht überraschend. Wir haben das alles vorausgesehen, nur glaubten wir nicht, daß es so rasch und in solch fast grotesker Form, die einer gewissen Tragik nicht entbehrt, kommen würde. Als polnischerseits seit Jahren darauf hingewiesen wurde, daß auch unter den gebildeten Ukrainern die wilden Instinkte nicht erloschen sind, wurde das nicht ernst genommen; konservative Berliner Zeitungen priesen dieselben Ukrainer, die als Nationalhelden einen Jüngling betrachten, der vor einigen Jahren in Galizien, also in einem Lande, das konstitutionell regiert wird und wo die Möglichkeit der parlamentarischen Selbstverteidigung besteht, den kaiserlichen Statthalter ermordert hat. Jetzt lesen wir eine amtliche Erklärung, daß die Ukrainer in Kijew den Deutschen eine Art „sizilianische Vesper“ bereiten wollten. Was hören wir nicht von oder über polnische Undankbarkeit, obwohl die Befreiung Polens nicht beabsichtigt war, der unabhängige polnische Staat noch nicht geschaffen ist; die Ukrainer haben, ohne einen einzigen Tropfen Blut zu vergießen, ebenso wie sie seit einigen Jahrhunderten nichts für die Sache der Freiheit getan haben, von deutscher Seite einen Staat erhalten, mit so großen Machtbefugnissen, mit solchem Handelsvertrag, mit solcher Grenzerweiterung auf Kosten Polens, daß noch vor einigen Monaten kein Mensch in der Welt davon träumen konnte — jetzt haben die Befreier den Lohn davongetragen. Getreide, wofür die Befreier enorm hohe Preise zahlen wollten, ist nicht zu haben; dagegen wurde Blut verlangt. In der großen Ukrainerdebatte des Hauptausschusses wurde über alles gesprochen, nur wurde nicht danach gefragt, wieviel deutsche und österreichisch-ungarische Soldaten von den befreiten Ukrainern in meuchlerischer Weise ermordert wurden, und doch ist ihre Zahl nicht gering.

Das bisherige Ende des Liedes ist die Tatsache, daß die erzdemokratische, freie Volksrepublik einen Diktator erhalten hat, und zwar in der Person des Grafen Skoropadski, der noch unlängst ein Petersburger Hofgeneral war und bei den masurischen Seen ein Kavallerieregiment, das von Hindenburg vernichtet wurde, geführt hat*).

Es beginnt nun in der Ukraina eine Zeit der wildesten Wirrnisse. Denn die durch den deutschen Offizier auseinandergejagte Volksrada hat nachträglich ihren Mut wiedergefunden.

Skoropadski versprach, sich an die Weisungen der Zentralmächte zu halten; unter seinen Ministern überwiegen aber kadettisch-föderalistische Elemente, über deren politische Tendenzen kein Sachkundiger sich täuschen lassen wird. Die ukrainischen Schützen (Strjiltzy) und Haidamaken stehen zur Zentralrada; es wird dort unter ihnen das Gerücht verbreitet, daß Deutschland eine dauernde Okkupation des Landes einzuführen beabsichtigt, um wirtschaftlich das Land zu beherrschen, die deutschen Kolonien in Wolhynien, Bessarabien und in der Krim mit dem Recht der Exterritorialität auszustatten, Odessa zu einem deutschen Hafen zu machen Es lassen sich hierüber ukrainische Stimmen vernehmen, die für einen Anschluß an Oesterreich-Ungarn plädieren, während Deutschland auch seine Parteianhänger hat, und an Anhängern Rußlands fehlt es gewiß nicht.

Es wiederholt sich die alte Geschichte. In Deutschland, dem der Osten eine Robinsonade ist, herrscht ja die Meinung, daß die ukrainische Unabhängigkeit von Polen vernichtet wurde. Tatsache ist es lediglich, daß die im Jahre 1648 ausgebrochenen kosakisch-polnischen Kämpfe s o z i a l e n Erschütterungen entsprungen waren, ähnlich den deutschen Bauernkriegen zu Luthers Zeiten; als sie auf das politische Gebiet hinübersprangen, wußte kein Mensch sie mehr zu beherrschen, am allerwenigsten die kosakischen Führer. Bogdan Chmielnicki pendelte fortwährend zwischen Polen, Türkei und Rußland, und letzteres hat nicht ohne Grund dem Chmielnicki in Kijew ein prangendes Denkmal aufgestellt. Seine Nachfolger

*) Das russische Tageblatt „Nasch wjek“ (die ehemalige „Rjetsch“) berichtet, Skoropadzki habe im Jahre 1914 der russischen Regierung einen Bericht eingereicht, in dem die Existenz einer ukrainischen Nation negiert und diese mit der großrussischen identifiziert wird. Ferner hat er im Juli 1917 ein offenes Schreiben veröffentlicht, in dem ausgeführt wurde, Kiew sei der Mittelpunkt der russischen Kultur, Kiew müßte daher die Iniatiative zur Vereinigung sämtlicher russischen Länder ergreifen und einschließlich der polnischen ein föderatives Ganzes schaffen.

trieben es noch toller; Hetman Wychowski schloß mit Polen in Hadziacz einen Bund, wonach die Ukraina mit Polen und Litauen in eine Verbindung eintreten und der Gesamtstaat somit eine trialistische Form annehmen sollte. Doroschenko träumte von einer Ukraina, die ein Vasallenstaat der Türkei, ähnlich wie das damalige Moldau wäre; Jurij Chmielnicki (Sohn Bogdans) gravitierte einmal zu Polen, einmal zur Türkei. Samojtowicz vernichtete die Pläne Doroschenkos und hielt sich an Moskowien; Orlik strebte eine Ukraina unter dem Protektorat der Türkei und Schwedens an; Mazepa trat an die Seite des Schwedenkönigs, und seine großartige Armee, von der so viel gefabelt wird, betrug 6000 Kosaken; im Jahre 1709, nach der Niederlage bei Poltawa, übernahm die Hetmanwürde der Vorfahre des gegenwärtigen „Hetmans“ Skoropadski, und die Ukraina vereinigte sich freiwillig mit Rußland, mit dem sie durch das stärkste Band, die gemeinsame Religion, verbunden war.

Jetzt steht das Land vor einer ähnlichen Zukunft.

Inzwischen haben schon zwei ukrainische Gründungen Bankrott gemacht: die Ukraina der Herren Hruschewski und Sewrjuk und diejenige der Exzellenzen Kühlmann und Czernin. Die Ursache ist ganz klar: sowohl die einen wie die anderen arbeiteten mit Fiktionen.

Denn eine Fiktion ist die Ukraina im staatlich-nationalen Sinne des Wortes. Schon der Name allein, der tatsächlich Grenzland, wörtlich „Am Rande“ bedeutet, war nie Sammelbegriff der ruthenisch sprechenden Bevölkerung, die auch nie den Begriff eines eigenen Staates oder Kultureinheit hatte und es auch bis zum heutigen Tage nicht besitzt. Eine Forderung ist die Ukraina erst seit einigen Jahrzehnten, und zwar öfters polnischerseits als seitens der Ruthenen selber aufgestellt, in der Wirklichkeit aber leider — eine Fiktion. Ein nationales ukrainisches Selbstbewußtsein bestand vor dem Kriege in Galizien, unter dem russischen Szepter befand es sich erst in dem zartesten Kindesalter. Erst der Krieg entwickelte es kräftig, bauschte es zu ungeheuren Dimensionen auf — leider aber nicht in Kijew, Charkow, Odessa *), sondern

*) Selbst die ukrainische Propagandaschrift „Ukraina, Land und Volk, von Dr. St. Rudnyckij, Wien, 1916“, muß zugeben (S. 149), daß in Kijew die Ukrainer ein Fünftel, in Odessa einen elften (?) Teil der Bevölkerung

in Berlin und in Wien, wo einige Agitatoren, größtenteils für fremdes Geld, eine Großukraina „machten“. Der wackere ukrainische Patriot, Herr Donzow, gab in Berlin seine Ukrainischen Nachrichten heraus und spie Haß und Verachtung gegen die galizischen Ukrainer, die sich hier herumtrieben, und gegen den Verband zur Befreiung der Ukraina, der ungeheure Geldsummen ausgab, es aber nicht fertigbrachte, einige Nummern seiner Publikationen nach Kijew hinüberzubringen. Aus eigener Kraft hatte die Ukraina zu ihrer Befreiung nichts getan; kein Wunder: seit Jahrhunderten ist ihr der Begriff und die Tradition freiheitlich-nationaler Kämpfe abhanden gekommen. Die niederträchtige zarische Herrschaft, die nur Verdummung und Verwilderung säte, hatte den Begriff einer nationalen Selbständigkeit nicht aufkommen lassen. Allmählich entwickelte sich erst im 19. Jahrhundert der Wille zur eigenen Kultur; der gefühlvolle ukrainische Lyriker Szewczenko und seine Genossen von der Cyrill- und Methodius-Gesellschaft hatten panslawistische und national-kulturelle Ideen, nicht aber den Willen zur eigenen Staatlichkeit. Alles, was darüber gefabelt wird, ist eine Fiktion*). Die Millionenmassen unter dem Zarenszepter lebten in materiell geordneten Zuständen, hatten das Gefühl, daß sie als „Chachols“ andere Geschöpfe seien wie die großrussischen „Kacapen“, der Unterschied war aber ethnographischer, nicht nationalpolitischer Natur. Die intelligente Klasse war politisch russischer als die Russen, sie lieferte dem Zarismus die treuesten Anhänger; das Bauerntum folgte dem Fanatismus der orthodoxen Popen aus der Kijewer Lawra Petscherska und dem Potschajewer Kloster, wo die wildesten Aufrufe der Schwarzen Hunderte zum Pogrom der

---

(S. 150) bilden. Der Mangel an ukrainisch gebildeten Kräften führte dazu, daß in der Rada größtenteils russisch verhandelt wurde, daß es keine nationalen Beamten gab, daß für die obersten Staatsgeschäfte unmündige Studenten ernannt wurden usw. Wie jetzt noch, nach der Unabhängigkeitserklärung, für die Zukunft gesorgt wird, beweist eine Statistik der Kijewer Mittelschulen aus der „Kijewskaja Mysl“. nach der unter den Schülern 69,8% sich als Russen, 12,5% als Juden, 7,6% als Ukrainer, 5,4% als Polen bezeichnen. Die Polen frequentieren dazu nationale Privatschulen, die Ukrainer besitzen keine.

*) „Es ist mir hier — schreibt Dr. Lederer dem Berl. Tagebl. aus Kiew — vollkommen klar geworden, daß es eine w i r k l i c h e, v o l k s t ü m l i c h e Bewegung zur Schaffung einer nationalen selbständigen Ukraina überhaupt nicht gibt.“ Und wie hatte früher in demselben Berl. Tagebl. Dr. Lewickij geschrieben? „V o n e i n e m G e g e n s a t z z u G r o ß r u ß l a n d — schreibt derselbe Berichterstatter — ist, wenn man von dem Kreise der Intellktuellen und Politiker absieht, die die ukrainische nationale Idee verkünden, n i r g e n d s a u c h n u r e i n e S p u r z u f i n d e n.“

Juden und der Intelligenzler gedruckt werden. Während der Revolution von 1905 versuchten es manche Patrioten, eine nationale ukrainische Bewegung zu entfachen, brachten es zu einer beträchtlichen Anzahl von Dumamitgliedern — hatte doch der Bauer denjenigen gewählt, der ihm am meisten versprach, und die ukrainischen Radikalen stellten die Verteilung des polnischen Großgrundbesitzes ohne Entschädigung in Aussicht, während die russischen bürgerlichen Parteien eine Entschädigung zuließen. Aber nirgends in ganz Rußland hatte die Revolution ein so jähes Ende erreicht wie in der Ukraina. Hier ertrank sie in einem wüsten Plündern und Rauben des Herrengutes von seiten der Bauernschaft und in den barbarischsten Pogromen.

Nur in Galizien entwickelte sich die ukrainische Bewegung in normaleren Gleisen; der ostgalizische Bauer hat freilich hinter sich 50 Jahre nationaler Entwicklung und dreitausend nationale Volksschulen, die vom „polnischen" Landtag in Lemberg geschaffen wurden; die Sprache des galizischen „Ukrainers" unterscheidet sich aber von der Sprache des Ukrainers östlich des Dnjepr ganz erheblich. Der Ausbruch des Krieges hat wohl in der eigentlichen Ukraina eine gewisse Bewegung hervorgerufen, lediglich zugunsten der großrussischen Ideen. Selbst Professor Hruschewski, der Führer der nationalen Wiedergeburt, verwahrte sich in der Petersburger „Rjetsch" gegen den Vorwurf, als ob er von der Abtrennung der ukrainischen Gebiete von Rußland träume, und verlangte nur konstitutionelle Entwicklung und Länderautonomie. Erst der Ausbruch der antizarischen Revolution brachte etwas mehr Leben in die Bewegung: es entstand ein ukrainisches General-Sekretariat (Regierung), das zwischen Kerenskij und den Sozialrevolutionären pendelte und sich zu einem Programm nicht entschließen konnte; erst die polnischen Mitglieder der Kleinen Rada, nämlich die Herren Rudnicki und Łukaszewicz, verlangten die Aufstellung eines Programms der unabhängigen Ukraina. Noch vor einigen Jahren, als Donzow diese Idee aussprach, wollten die Ukrainer von ihr nichts wissen, und nur die Polen von der Gruppe der Feldman'schen „Krytyka" unterstützten sie kräftig. Jetzt begann in der Ukraina ein tolles „ideologisches" Treiben. Wie Pilze nach dem Regen wuchsen verschiedene Parteien empor, alle sozialistisch, alle radikal, aber auch ihre Ideologie ist eine Fiktion, die mit den europäischen Begriffen des Sozialismus nichts Gemeinsames hat. Und

wie kann es anders sein in einem Lande mit 80% Analphabeten! Dies soll das Paradies des richtigen, richtigeren und allerrichtigsten Marxismus sein!

Es entstand indessen eine nationale Regierung, die keinen Boden unter den Füßen hatte, da der Bauer zum Großrussentum sich hingezogen fühlt; zu den allbekanten Gründen dafür kam noch ein neuer hinzu, nämlich die von den Bolschewiki proklamierte Aufteilung von Grund und Boden. Und als die Bolschewiki Kijew belagerten, wußte sich die Rada unter Winniczenko nicht anders zu helfen, als durch die Proklamierung der Enteignung des privaten Großgrundbesitzes; der Boden sollte unter Verwaltung von landwirtschaftlichen Komitees kommen, die aber nicht geschaffen wurden. Der Bauer nahm also selbst die Verteilung in die Hand. Gleichzeitig wütete der innere Krieg zwischen der Rada und dem Bolschewismus. So war die Lage, als die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk begannen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn faßten den Beschluß, einen ukrainischen Staat zu schaffen; es mußten indes erst die wichtigsten Voraussetzungen ins Leben gerufen werden. Herr Holubowicz wurde sodann aus Brest-Litowsk nach Kijew gesandt, um eine geeignete Regierung zu proklamieren. Die lieben Landsleute wollten aber davon nichts wissen. Wir lasen damals in den Zeitungen, daß die ukrainische Nationalregierung, der eben in wundersamer Weise ein Reich in den Schoß gefallen war, Kijew verlassen mußte und sich nach Shitomier geflüchtet hat; Kommentare dazu lauteten, daß dies zu dem Zwecke geschehen sei, um den Mittelmächten näher zu sein. In der Wirklichkeit war diese „Regierung“ so nahe, daß sie sich aus Shitomier auf galizischen Boden, nach Podwoloczyska, flüchten mußte, natürlich aus purer Liebe zu den Mittelmächten, denen sie die berühmte Million Tonnen Getreide aus Dankbarkeit und für gutes Geld versprochen hatte. Heute kann man schon ruhig sagen: Fiktion wurde auf Fiktion gehäuft und von Fiktionen getragen. Die Seifenblasen mußten platzen.

II.

Der Schadenfreude über die Geschehnisse in der Ukraina können sich aber nur ganz kleine Menschen hingeben. Wir sind nicht Gegner des ukrainischen Staates; im Gegenteil, wir gehören zu denjenigen, die diesen Staat gefordert haben, als sogar die galizischen Ruthenen diese Idee nicht auszusprechen wagten. Aus zweierlei Gründen. Wir polnische Demokraten sind für die Freiheit aller Völker. Unsere Vorgänger Kościuszko und Pułaski haben an der Seite Washingtons für die Befreiung Nordamerikas vom englischen Joch gekämpft, „für eure und unsere Freiheit" haben sie gegen den Zarismus mehrmals zu den Waffen gegriffen, im Jahre 1848 kämpften sie für die Freiheit Ungarns. Es ist ja menschlich, daß mancher Pole mit Wehmut an die Zeit zurückdenkt, wo der polnische Staat bis zum Schwarzen Meer reichte; aber schon im Jahre 1862, vor Ausbruch des Aufstandes, hat die damalige polnische Demokratie mit einigen ruthenischen Führern sich auf den Grundsatz der Selbstbestimmung geeinigt *) und seit dieser Zeit gibt es keinen Polen, der an die Beherrschung des Ukrainertums und an ein Großpolen bis an das Schwarze Meer denkt. Außer diesem prinzipiellen Grundsatz sprach für die Selbständigkeit der Ukraina unser gemeinsames Interesse gegen Rußland. Wir haben es früher als andere erkannt, daß die Abtrennung der Ukraina von Rußland ein Todesstoß für den Zarismus und Panslawismus wäre. Gegenwärtig haben sich ja diese Verhältnisse geändert, und es wird von mancher Seite behauptet, daß zwischen Polen und dem vom Zarismus befreiten Rußland jetzt keine Gegensätze mehr herrschen. Wir sind gewiß keine Freunde des Krieges um des Krieges wegen und möchten auch dem russischen Volke nicht das alles nachtragen, was wir von seinen bisherigen Herrschern erleiden mußten. Wer gewährleistet aber, daß nach einer gewissen Zeit die Gefahr aus dem Osten nicht wiederkehrt?

*) Feldman: Geschichte der politischen Ideen in Polen. S. 286.

Die Gegensätze zwischen Polen und Ruthenen waren freilich seit jeher zugespitzt, und zwar in Galizien. Das deutsche Publikum ist über diese Zustände ganz falsch informiert. Zweifellos hatten die Ruthenen in Galizien manche Ursache zu Beschwerden; tatsächlich aber wären die Polen in Preußen glücklich, wenn sie ein Zehntel dieser nationalen Rechte besitzen würden, die die Ukrainer in Galizien haben. Es gibt überhaupt keinen Vergleich; die Ukrainer in Galizien besitzen mehr als 3000 Volksschulen; freilich haben die polnischen durchschnittlich mehr Klassen, das steht indes damit im Zusammenhange, daß die polnischen Schulen in den Städten untergebracht sind, wo die Ruthenen nur kleine Sprachinseln bilden. Das Wesentliche besteht lediglich darin, daß zu Beginn der autonomistischen Aera die Polen in Galizien keine größeren Zugeständnisse an die Ruthenen machen konnten, weil unter den letzteren der Russophilismus so weit ging, daß seinerzeit fast die ganze ruthenische Intelligenzklasse sich kulturell als Russen betrachtete und die Existenz eines ruthenischen bzw. ukrainischen Stammes leugnete. Auch politisch war der Russophilismus vorherrschend, die galizischen Ruthenen hatten seinerzeit dem Zarismus die schlimmsten Werkzeuge zur Russifizierung des Chełmer Landes geliefert, und noch bei den letzten Wahlen in den österreichischen Reichsrat haben die galizischen Ruthenen eine erschreckend große Stimmenzahl für russophile Kandidaten abgegeben. Erst vor 40 Jahren machte sich eine wirklich nationale Bewegung unter den galizischen Ruthenen bemerkbar, eine Zeitlang gingen ihre Führer mit den polnischen Demokraten zusammen, bis wiederum der ukrainische Imperialismus aufblühte, der die Zweiteilung Galiziens als wichtigsten Programmpunkt aufstellte. Das konnten die Polen natürlich nicht zulassen. Wir gaben uns aber der Hoffnung hin, daß diese Gegensätze einen rein lokalen Charakter haben, über den Polen und Ruthenen sich zur Bekämpfung des gemeinsamen Feindes und zur Befreiung ihrer Heimatländer die Hände reichen sollen.

Als die Revolution in Rußland den Ukrainern neue Aussichten eröffnete, wurde dies von den Polen mit Freude begrüßt. Im Oktober 1917 haben die Ukrainer in Kijew an einer polnischen Kościuszkofeier teilgenommen; die polnischen Tageblätter in Kijew, „Dziennik Kijowski“, „Kłosy Ukrainskie“ und „Gazeta Narodowa“, haben die Unabhängigkeit der Ukraina warm unterstützt; bei der

großen Manifestation zur Feier der Auferstehung der Ukraina im Mai v. J. hat am Chmielnicki-Denkmal in Kijew neben Professor Hruszewski der polnische National-Demokrat Bartoszewicz in ukrainischer Sprache eine Begrüßungsrede gehalten, die mit Begeisterung aufgenommen wurde. Wie bereits erwähnt, waren es die polnischen Mitglieder der Rada Rudnicki und Łukaszewicz, die im August v. J., noch vor den Herren Hruszewski und Holubowicz, zur Unabhängigkeitserklärung der Ukraina drängten. Als im Januar 1918 Kiew sich in größter Bedrängnis durch die Bolschewiki befand, nahm das polnische Korps Dowbor Muśnickis Fühlung mit der Ukraina und sicherte ihr seinen Beistand. Das sind wahrlich keine Symptome polnischer Feindseligkeit. Wenn schließlich die polnich-ukrainischen Stimmungen doch sehr getrübt sind, so liegt die Schuld wahrlich nicht an den Polen. In den letzten Monaten sind eben zwei neue Momente hinzugekommen, die die Sachlage erheblich verschlimmert haben. Es ist erstens das sozial-wirtschaftliche Moment und zweitens der ukrainische Imperialismus

Im Jahre 1909 gab es in den drei Gouv., die jetzt als die Westukraina gelten (Gouvernement Kijew, Podolien und Wolhynien), gegen 800000 Polen (gegenwärtig wahrscheinlich über eine Million), die insgesamt 2300000 Desjatinen Boden besaßen. (Nach der „Frankfurter Zeitung“ war der Großgrundbesitz in Wolhynien zu ¾ polnisch, in Podolien etwa zu ⅔, in Kijew ungefähr zur Hälfte. Auch wo er russich ist, war dieses Land früher zum großen Teil polnisch und wird jetzt oft von polnischen Pächtern bewirtschaftet.) Nun sind wir Demokraten wirklich nicht geneigt, eine Fehde im Interesse des Großgrundbesitzes aufzunehmen; wir dürfen aber nicht vergessen, daß dieser polnische Besitz die einzige Kulturstätte des Landes darstellt und daß hier hunderttausende Polen leben, die im Schweiße ihres Angesichts als Angestellte und als Arbeiter in der Landwirtschaft und in den Zuckerfabriken ihren Unterhalt fanden. Wer einigermaßen die dortigen Landesverhältnisse kennt, der weiß es, daß die grimmigsten russischen Polenfeinde auf ihren Gütern und Zuckerfabriken polnische Beamte anzustellen pflegten, weil es die einzigen ehrlichen und nüchternen Leute waren.

Für ein Bauernvolk, das die Ukrainer einmal sind, mußte eine Agrarreform notwendig sein, doch eine Agrarreform muß ja nicht in barbarischer Weise proklamiert und durchgeführt werden. Die ukrainische Zentralrada aber sah sich gezwungen, weil sie unter

den eigenen Landsleuten keinen Anhang fand, sich Lockmittel zu bedienen, und so entstand das dritte Universale der ukrainischen Volksrepublik vom 7. November 1917, durch welches das Eigentumsrecht auf Grund und Boden ohne Entschädigung aufgehoben wurde; weitere Universale vom 9. Januar 1918, vom 18. Januar 1918 führten die Sozialisierung dieses Besitzes ein. Diese Universale und Gesetze — erzählt der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" (Nr. 130) — „bestätigen in den Köpfen der Bauern den Glauben an die Vogelfreiheit des Großgrundbesitzes, und da die militärische und polizeiliche Gewalt einer Regierung auf einem flachen Lande höchst fraglich war, in dem doch die Bauern, selbst meist frühere Soldaten, nicht nur Gewehre und Maschinengewehre, sondern auch eigene Artillerie besaßen, so war eine schonungslose Form der Enteignung die Folge. Was der Bauer nicht in eigener Wirtschaft gebrauchen oder in Geld umsetzen konnte, wurde vernichtet, wobei namentlich der Haß des Bauern und Landarbeiters gegen alles, was Maschine heißt und ihm früher „die Arbeit wegnahm", zum Ausdruck kam. Es ist unmöglich, den Umfang der Zerstörung im ganzen Gebiet der Ukraina anzugeben, aber nach Berichten aus allen Teilen des Landes scheint gleichmäßig gewütet worden zu sein. Die bolschewistischen Zerstörungen fallen gegenüber diesen Schäden, die durch die Erlasse der ukrainischen Regierung selbst hervorgerufen worden sind, kaum ins Gewicht."

Jawohl, der Kampf gegen das Polentum war ein Kampf gegen eine höhere Kultur*) — und das sollte deutscherseits unterstützt werden? Es wurde übrigens entsetzlich auch gegen das Gut und Blut deutscher Kolonisten gewütet — wollten doch die Herren Verteidiger des Ukrainertums eine kleine Umfrage darüber veranstalten! Es konnte auch nicht anders sein. Die einzige lebendige nationale Tradition, die der ukrainische Bauer besitzt, ist diejenige des Haidamakentums, d. i. des Mordens und Raubens durch Bauernbanden. Die ukrainische Nation als solche hat in ihrer Ver-

*) Während der letzten Pogrome hat der ukrainische Haidamake alles geraubt, nur eines behandelte er wie Etwas, das unbedingt zerstört werden muß: das geschriebene Wort, das Buch, und mit ihm alles, was die Wissenschaft betrifft. In Ploti wurde die landwirtschaftliche Versuchsstation zerstört, ferner die landwirtschaftliche Schule in Sledzie, von 14 Gebäuden sind 3 verschont geblieben, ferner die Versuchsstation des podolichen wirtschaftlichen Vereins in Zolesic, Bez. Winnica — lauter Anstalten, von denen bisher die Bauernschaft nur profitiert hatte.

gangenheit schöne, erhebende Bilder aufzuweisen, sie sind aber größtenteils mit der Polenherrschaft in Kijew verbunden, als dort damals unter polnischem Schutz eine ruthenische Akademie bestand usw. Dem Analphabeten-Bauerntum ist davon nichts bekannt, dagegen weiß es aus dumpfer Ueberlieferung, daß zu Zeiten des Vaters Chmielnicki mit den Polen „herumgetanzt" wurde, daß am Ende des XVIII. Jahrhunderts ein Gonta und Żeleźniak — von Rußland organisierte Banden befehligten, die Zehntausende von Schlachzizen abschlachteten oder zusammen mit Juden und Hunden am Galgen aufgeknüpft haben mit der Aufschrift: „Pan, żyd, sobaka — to wira odnaka" (Herr, Jude und Hund — sind gleichen Glaubens). Es ist historisch nachgewiesen, daß diese fürchterlichen Greueltaten durch die damalige Petersburger Regierung angezettelt wurden, und obwohl die Täter ihre Grausamkeiten fürchterlich büßen mußten, so blieben doch ihren Nachkommen Erinnerungen an ein wildes Ausleben, die schon deshalb verhängnisvoll sein müssen, weil andere Erinnerungen nicht vorhanden sind. Der russische Militärdienst und das trunksüchtige, unwissende, fanatische Popentum — der größte Teil des Bauerntums kennt keine anderen „Kulturfaktoren" — haben auch nicht veredelnd gewirkt, und so entwickelten sich barbarische Instinkte, wie vielleicht bei keinem anderen Volke des gegenwärtigen Europas. Haben doch die fürchterlichster Judenpogrome im ersten Dezennium dieses Jahrhunderts — in Kischinjew und in Kijew stattgefunden, und es wirkt geradezu groteskt und beweist allerdings eine starke gegenseitige Verlogenheit, wenn jüdische Führer und Journalisten in ihren Zeitungen den Ukrainern Gelegenheit gaben zu Versicherungen, daß die Ukrainer immer Judenfreunde waren und sein werden... Die Zeiten Chmielnickis, das Blutbad von Humań u. dgl. reden doch eine fürchterliche Sprache!

Das Haidamakentum (freie Banden, freie Kosaken) bildet im Lande eine fortlebende Tradition, der religiöse und agrar-soziale Gegensatz zum Polentum (und zu den deutschen Kolonisten), wie überhaupt zur Kultur, tragen das ihrige bei, und so entfesselte sich im Monat Januar die Bestie im Menschen, der seit Jahrhunderten angesammelten Kulturgüter, vor allem aber unzählige Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Greise (wie der 85jährige Fürst Sanguszko), Frauen und Kinder wurden in schrecklichster Weise nach haidamakischer Ueberlieferung ermordet, ihr Hab und Gut

geplündert. Noch im Monat April haben Bauernbanden einige Abteilungen polnischer Soldaten in der Gegend von Winnica überfallen, und da diese zum größten Teil Blutvergießen vermeiden wollten, wurden sie meuchlerisch — nach abgeschlossenen „Friedensverhandlungen" — ermordet; die polnischen Offiziere wurden ihrer Bekleidung beraubt, ihre Leichen wurden verstümmelt*). Gegenwärtig wird von fürchterlichen Judenpogromen gemeldet.

Solche Erlebnisse lassen sich aus der Seele eines Volkes nicht so rasch auslöschen. Wir glauben jedoch, daß schon die nächsten Generationen der Ukrainer sich ihrer Väter schämen werden. Andererseits sind wir Anhänger einer weitgehenden Agrarreform zugunsten des arbeitenden Volkes, wodurch auch wenigstens einigen Schlagworten der Hetzer der Boden entzogen wurde. Es darf indes verlangt werden, daß denjenigen Polen, die hier seit Jahrhunderten leben und wirken, der Aufenthalt und die Arbeitsstätte gesichert werden. Die bisherige „Rada"-Wirtschaft konnte wegen ihres Mangels an Autorität diese Sicherheit nicht gewähren, dagegen hat die demagogische Politik der Rada, seitens mancher „Regierungs"-Mitglieder, direkte Aufwiegelei der haidamakischen Leidenschaften und Instinkte betrieben und zum Blutvergießen und Plündern wesentlich beigetragen**).

---

*) Vgl. „Die Mordbrennerwirtschaft in der Ukraina". Poln. Blätter Nr. 94.

**) Der Lemberger Wiek Nowy meldet aus Wien: Es wurde festgestellt, daß am 25. März vom Güterbahnhof der Nordbahn 16 Kisten Drucksachen expediert worden sind, die ukrainische Broschüren enthielten mit Porträts von Chmielnicki, Gonta, Żelezniak, und die das Volk zur Nachahmung dieser Helden anfeuern.

III.

Wollten wir auch diese Vorkommnisse als vorübergehende Erscheinungen betrachten, so bleibt doch ein zweites Moment, das den Gegensatz zwischen Polen und der Ukraina vertieft: der politische. Und hier können wir nicht ohne Bedauern feststellen, daß dieser Gegensatz, der kein Segen für die Politik Mittel-Europas ist, von den Mittelmächten selber erheblich verschärft wurde. Es geschah in Brest-Litowsk durch die unglückliche Entscheidung in der Chełmer Frage.

Ich bin weit davon entfernt, diese Angelegenheit hier aufs neue aufzufrischen. Nur einige Tatsachen zur Beleuchtung. Jahrhundertelang ist es niemandem eingefallen, die Rechte Polens auf diese Provinz in Zweifel zu stellen. Es existieren Beweise, daß bereits im X. Jahrhundert dies Land dem polnischen Staate angehört hatte; nur vorübergehend (1216—1349) gehörte es den Ruthenen und den Litauern, 1366—1377 war es Polens Vasallprovinz, von diesem Jahre an blieb es unveränderlich ein Bestandteil des Königreichs Polen. Genug aber der historischen Ansprüche! Was spricht das Leben? Die Bevölkerung in dieser Provinz war immer gemischt, aber auch die hier wohnenden Ruthenen hatten mit dem Polentum die katholische (unierte) Religion gemeinsam, die sie von den Russen unterschied. Das war der russischen Regierung ein Dorn im Auge, sie beschloß auch die „Bekehrung" der Uniaten, um sie vom Polentum hinwegzuziehen — der beste Beweis, wie sehr das Land an Polen hing, denn eine ukrainische Gefahr bestand damals für Rußland nicht. In den sechziger, besonders aber in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann diese barbarische „Bekehrung"; Knute und Säbel, Blutvergießen und Sibirien waren die Argumente der russischen Apostel. Damals geschah das Unwahrscheinliche: ruthenische Geistliche aus Galizien sind in den Dienst des Zaren getreten, um die „Widerspenstigen", die „Ketzer", gewaltsam zu bekehren; einige von ihnen, Popiel und Kuziemski, haben es sogar zu orthodoxen Bi-

schöfen gebracht, während polnische Geistliche aus Galizien und polnische Patrioten es waren, die den wahren Märtyrern Hilfe leisteten. Seit dieser Zeit ist Chełm für das Polentum das „heilige" Land; es würde niemandem von uns einfallen, zu sagen: „das heilige Warschau" oder „das heilige Wloclawek" — nur Chełm und Wilno werden so benannt, so viel Märtyrerblut ist hier geflossen. Der Landesbevölkerung ist seit dieser Zeit alles, was polnisch, noch mehr ans Herz gewachsen, während sie das Kleinrussische (das „Ukrainische" ist dem kleinen Mann auch dem Namen nach nicht bekannt) mit den Verfolgungen identifiziert. Nach den zarischen Toleranzedikten von 1905 haben Hunderttausende den katholischen Ritus angenommen.

Um ihr Werk dennoch durchzusetzen, beschloß die Stolypinsche Regierung die Ausschaltung des Chełmer Landes aus Polen; die einzige ukrainische Zeitung in Kiew, „Rada", war ursprünglich dagegen; erst nachträglich hat sie ihren Standpunkt revidiert. Nach hartnäckigen Kämpfen mit dem Polenklub in der russischen Reichsduma wurde die Ausschaltung beschlossen; **die Polen haben ihre Zustimmung dazu nie gegeben**; tatsächlich wurde dies auch nicht ganz durchgeführt: militärisch verblieb das Land unter dem Kommando des Warschauer Generalgouverneurs. Erst der Vertrag von Brest-Litowsk sollte **gründliche** Arbeit machen.

Es ist nun begreiflich, wie sehr dieser Vertrag, der gegen 14 000 qkm und 900 000 Einwohner von Polen abtrennt, uns alle empören muß. Kein Volk in der Welt würde dies ruhig aufgenommen haben. Zu den bereits erwähnten Gründen kommt noch der strategische: die Bug-Linie ist für das Königreich die wichtigste Sicherung gegen den Südosten, jetzt wurde sie dem Ukrainertum zugeteilt!

Die nachträglich angeführten Motive sind mehrmals als unhaltbar aufgeklärt worden. Mit Ausnahme des Bezirks Hrubieszow befindet sich überall die polnisch-katholische Bevölkerung in der Majorität! Der beste Beweis dafür, daß die famose Bestimmung des Brester Vertrages bei der österreichischen und deutschen Diplomatie doch einige Skrupel erweckt hatte, liegt ja in der Tatsache, daß weder die polnische Regierung, noch die örtliche Bevölkerung um ihre Meinung befragt worden. Graf Czernin hatte einige „Vertrauenspersonen" aus der Mitte der Bukowinaer Geschäfts-

leute, die nicht immer ukrainische Patrioten waren; die deutsche Vertretung stand vor der Tatsache, daß Podlachien (das sind die im deutschen Okkupationsgebiet liegenden Bezirke von Ober-Chełm) seitens Ober-Ost schon seit mehr als einem Jahre „ukrainisiert" wurde; die Makler versprachen den Zentralmächten 1 Mill. Tonnen Getreide und andere ebenso reale und loyale Lockmittel — Chełm und Podlachien wurden an die Milch und Honig, Getreide und Zucker exportierende Ukraina geschlagen.

Der polnische Regentschaftsrat und das polnische Ministerium in Warschau haben sofort erklärt, daß sie den betreffenden Passus des Vertrages nicht anerkennen. Die polnische Uneinigkeit ist zwar in der Welt zum Sprichwort geworden, aber es gibt keinen einzigen Polen in der Welt, der in dieser Frage anderer Meinung wäre. Die voreilige und unhaltbare Entscheidung über Chełm hat den Zentralmächten in Polen mehr geschadet wie sämtliche Propagandamittel der Entente.

Den Ukrainern ist mit dem Lande Chełm ein unerwarteter Gewinn — wie manchen Kartenspielern — zugefallen. Die Zentralmächte haben damit den ukrainischen Imperialismus ins Unermeßliche gesteigert. Die ukrainischen Abgeordneten in Wien verlangen jetzt für das Ukrainertum nicht nur Ost-, sondern auch einen Teil von Westgalizien; manche möchten auch Krakau „aus strategischen Gründen" annektieren; sie machen kein Hehl daraus, daß sie Nordungarn als ihr nationales Gebiet verlangen, und manche nehmen für das Ukrainertum . . . Konstantinopel in Anspruch. Sind das auch nur Phantasien, so haben die Zentralmächte sie mit dem Brester Vertrag ergiebig genährt.

IV.

Trotz dem allen würden wir hinsichtlich der Zukunft der polnisch-ukrainischen Beziehungen nicht pessimistisch sein. Wir kennen alle ihre Reibungsflächen, wir wissen, daß Galizien einem schwierigen nationalen Kampfe (wegen der von den Ukrainern verlangten Zweiteilung des Landes) entgegengeht und daß in Ost-Galizien die ruthenische Bauernschaft hie und da zum Nachahmen des Haidamakentums aufgemuntert wird — wir vertrauen aber unserem guten Recht und der Ueberlegenheit der polnischen Kultur und werden dem Sturm ruhig widerstehen, um so sicherer, als wir ja wissen, daß die Ukraina als nationaler Staatsbegriff heute noch eine Fiktion ist. Es leben doch mehrere Ukrainer, die sich zum politischen Patriotismus emporgerungen haben und sich dessen bewußt sind, daß die eigentliche Gefahr für ihr Vaterland das imperialistische Großrussentum ist, und daß diese Gefahr noch nicht vorüber ist. Dieses Buwußtsein sollte die Richtlinien für die Zukunft diktieren, und das liegt wohl — glauben wir — auch im Interesse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

Wir wären also zuversichtlich — würden wir nicht vor der ungeheuerlichen Tatsache stehen, daß die antipolnische Bewegung in Ost-Galizien und in der Ukraina von deutschen Politikern geschürt und unterstützt wird!

Hier ist der springende Punkt, hier ist die Hauptgefahr. Für uns, aber auch für Mittel-Europa.

Direkt vor Ausbruch des Krieges hat ein polnischer Journalist in mehreren polnischen Zeitungen eine Reihe von Dokumenten veröffentlicht, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß die galizisch-ukrainischen Hetzer in engsten Beziehungen zum deutschen Ostmarkenverein standen. Die Art und Weise, wie der polnische Redakteur in den Besitz der Dokumente gelangt ist, mag nicht allgemeinen Beifall ernten, die Authentizität der letzteren unterliegt keinem Zweifel und beweist, mit welch systematischer Energie von Berlin aus gegen das Polentum, auch in einem fremden Staate, ge-

arbeitet wird. Wenn nach Ausbruch des Krieges die Stimmungen der Polen Deutschland gegenüber nicht so freundlich waren, wie mancher es wünschte, so ist das in nicht geringem Maße der Empörung zuzuschreiben, die in ganz Polen diese demaskierte Aktion des Ostmarkenvereins hervorgerufen hat. Es gehört dazu eine nicht kleine Verlogenheit, den Boden in Polen in solch unerhörter Weise zu untergraben — wie es die Leute vom Ostmarkenverein tun —, und später gegen die Unfreundlichkeit der Polen Klage zu führen.

Aber auch während des Krieges hat dieser famose Verein und überhaupt das Alldeutschtum, mit ihm auch die ganze konservative Presse, nicht aufgehört, das Ukrainertum gegen Polen auszuspielen. Eins der Hauptmotive des Ostmarkenvereins, das in seinen Druckschriften ständig wiederkehrt, ist die Zweiteilung Galiziens zugunsten der Ukrainer. Was würden diese Herren sagen, wenn ein galizisch-polnischer Verein die Forderung der Zweiteilung einer preußischen Provinz erheben würde! Uns gegenüber ist alles erlaubt. Auch die Verhöhnung jeder Ethik, ja jeder Logik. So sehen wir in Deutschland konservative Blätter, die eine Partei verherrlichen, die die Ermordung eines kaiserlichen Statthalters glorifiziert, und selbst die „Kreuzzeitung“ billigt die Auslieferung des chełmer Großgrundbesitzes an die Ukraina, wo er enteignet werden soll. Ist doch überhaupt die Expropriation das belebende Prinzip dieser „Konservativen“ — wenn es sich um fremdes Gut handelt.

Trauriger ist es, daß auch nichtalldeutsche Blätter, von einer Ukraina-Schwärmerei ergriffen, ihre Spitze gegen das Polentum wenden. Wie lange ist es denn her, seitdem Herr Dr. Eugen Lewyckij aus Wien in den Berliner liberalen Zeitungen die Ukraina als ein Paradies verherrlichte, wo die ukrainischen Engel vor Liebe und Hingabe zum Deutschtum brennen! Wie lange ist es denn her, daß der Zentrumsführer Abg. Fehrenbach im Reichstag erklärt hatte, daß er den ukrainischen Agitationsschriften Glauben schenkt, nicht aber den polnischen Quellen! Und in der Chełmer Angelegenheit, wo es sich nicht nur um polnische, sondern um speziell k a t h o l i s c h e Interessen handelt, sahen wir das unglaubliche Schauspiel, daß die K ö l n. V o l k s z e i t u n g eine antipolnische, den Katholizismus direkt gefährdende Stellung einnahm.

Ja, hier sind wir am brennenden Punkte. Bis zum Brester Frieden konnte man sagen, daß die ukrainische antipolnische Po-

litik in Deutschland von diversen Elementen, nicht aber von der Regierung gemacht wurde. Die Friedensbestimmungen betreffs Chełm machten den Eindruck, als ob die Reichsleitung — wenn sie auch nicht die böswillige Absicht gehabt hat — diese Bewegung fördere. Ging doch die Sache so weit, daß von seiten des Auswärtigen Amtes ein als Polenhasser bekannter Professor zur Sitzung des Hauptausschusses eingeladen wurde, um die Berechtigung der ukrainischen Ansprüche auf Chełm „wissenschaftlich" zu beweisen. Und was konnte auf Grund einer russischen Landkarte nicht bewiesen werden! Warum aber wurde vor Abschluß dieser Bestimmungen des „Friedens"-Aktes die Landesbevölkerung nicht um ihren Willen befragt?

Mit Fiktionen wurde gearbeitet — mit einer fiktiven ukrainischen „Regierung", mit fiktiven bukowinaer Sachverständigen, mit fiktiver Statistik, mit fiktiven Millionen Tonnen Getreide — der angerichtete Schaden ist aber sehr real.

Das ganze Polentum wurde aufgebracht. Der Feind erhielt Material zum Demonstrieren, wie Deutschland die „Selbstbestimmung" auffäßt. Die deutsch-österreichische Diplomatie stand plötzlich vor neuen Verwicklungen. Schon melden die Zeitungen, daß in Deutschland die Kürzung der Brotrationen vorgenommen werden muß; und wie wird es in Oesterreich aussehen? Die parlamentarischen Schwierigkeiten in Oesterreich sind ungeheuer gewachsen. Graf Czernin ist eigentlich über den polnischen Widerstand gestürzt. Es erfolgte der Zusammenbruch der auf einer Fiktion entstandenen Rada-Herrlichkeit in Kijew.

Das ist erst der Beginn der Folgen der antipolnischen Ukraina-Politik.

Nun erfahren wir, daß diese Politik fortgesetzt werden soll.

Die Umwälzung in der Ukraina hat vorläufig eine praktische Folge nach sich gezogen: die Beseitigung der wilden pseudokommunistischen Wirtschaft der Bauernschaft. Das gemeinsame ökonomische Interessen — Skoropadski ist bekanntlich ein reicher Großgrundbesitzer — hat den polnischen Adel in Kiew mit dem Hetman in Berührung gebracht; die deutschen Vertreter beeilen sich indes schleunigst, zu verhüten, daß zwischen den Polen und den Ukrainern eine Verständigung zustande komme. Als ob darin eine Gefahr für Deutschland bestände, betont der Botschafter

Mumm, daß jede polnische Tendenz bzw. Orientierung in der Ukraina ausgeschaltet werden muß; General Gröner erklärte den Sozialisten, daß die Mittelmächte für die ukrainische Selbständigkeit eintreten ohne irgendwelche Orientierung . . . nach Polen. — Man muß berücksichtigen, wie solche Worte auf die Ukrainer wirken! Diese Orientierung „nach Polen“ kann nur im Schutz der Kultur und der wirtschaftlichen Interessen der Polen bestehen, das Ukrainertum gewinnt aber den Eindruck, daß die Vertreter Deutschlands ihren Reden in Kiew eine gegen Polen gerichtete Spitze gegeben haben: wird das zum sozialen Frieden im Lande — der schon wegen der Felderbestellung notwendig ist — und zur Sicherung der politischen Lage beitragen?

Vom Hauptausschuß des Deutschen Reichstages haben wir eine Vermittelung, einen Akt der Gerechtigkeit und der politischen Einsicht erwartet. Statt dessen erlebten wir die „Richtlinien“ der Abgeordneten Exzellenz v. Rechenberg und Erzberger, die die „unbeschränkte“ Aufrechterhaltung der Friedensbestimmungen von Brest-Litowsk verlangten. Die Herren geruhen nicht zu berücksichtigen, daß die Bestimmung betreffs Chełm bereits am 4. März im Einvernehmen mit den ukrainischen Delegierten einer Revision unterzogen wurde, wonach die vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze zwischen Polen und der Ukraina an den ursprünglichen Wortlaut des Friedensvertrages nicht gebunden ist. Aus diesem Grunde herrscht gegenwärtig in dem von Oesterreich besetzten Chełmer Lande der status quo, d. i. dem Polentum sind sämtliche Rechte erhalten geblieben, nur die deutsche Verwaltung mißachtet diese in ihrem Etappengebiet. Im österreichischen Chełmer Gebiet wurden die Wahlen zum polnischen Staatsrat vorgenommen, im deutschen nicht. Die Verfasser der „Richtlinien“ wußten aber nichts Wichtigeres zu empfehlen, als das stramme Festhalten an den unglückseligen „Friedens“-Bestimmungen, deren Unhaltbarkeit die Ukrainer selber zugegeben haben und deren Grundlagen sie übrigens selber, durch Vorenthaltung der Getreidezufuhr, untergraben haben *).

---

*) „Für die neue Regierung (des Hetmans) — schreibt Dr. Lederer jüngst an das Berl. Tagebl. — ist die Verpflichtung zur Durchführung zur Durchführung des Brest-Litowsker Vertrages eine schwere Belastung und ihre Stellung im Lande wird dadurch nicht erleichtert.“

Ueberall also dieselbe Erscheinung: es werden alle Mittel angewandt, um das Ukrainertum zu fördern, das Polentum zu schädigen. Die hierzu vorgeschobenen Motive der Alldeutschen sind wohlbekannt. Ein Leiter des Ostmarkenvereins, Prof. Hoetzsch, der Berater maßgebender Stellen sein soll, erklärte ausdrücklich in der Kreuzzeitung vom 13. Februar, der Brester Vertrag „macht die alte polnisch-ukrainische Todfeindschaft gewissermaßen zum konstituierenden Prinzip dieser beiden Staaten, die aus dem Westgebiet des früheren russischen Kaiserreichs entstehen sollen". Dieselbe Idee sprach auch der alldeutsche Abg. Fuhrmann aus.

Dies edle Ziel kann der edlen alldeutschen Gemeinschaft voranleuchten; die Majorität des Hauptausschusses und die Reichsleitung lassen sich doch wohl von anderen Grundsätzen leiten?

Trotzdem wird die Stellung der Polen untergraben, der Gegensatz zwischen ihnen und den Ukrainern vertieft.

———

V.

Nicht nur hier; dieselbe Erscheinung tritt uns in Litauen, tritt uns in Weißruthenien entgegen.

Ueberall werden die Polen zugunsten der nichtpolnischen Bevölkerung benachteiligt.

Ein halbes Jahrtausend herrschte zwischen den Polen und den Litauern, Weißruthenen und Juden Friede und Eintracht; noch im Jahre 1863 haben die Litauer für die Freiheit Polens gekämpft; erst den letzten russischen Regierungen ist es gelungen, hier das System „divide et impera" einzuführen, und manche Faktoren der deutschen Politik bedienen sich auch dieses Systems, nur mit größerer Gründlichkeit. In Litauen begannen nach dem Einzug der Deutschen nach Wilno — zunächst hieß die Stadt „eine Perle in der Krone Polens" — für das Polentum schwere Zeiten, bis zum heutigen Tage dauert der politische und kulturelle Druck, sogar kleine polnische Kinder werden durch spezielle Maßnahmen dem physischen und geistigen Druck preisgegeben. Die Litauer wurden lange Zeit verhätschelt — für die Weißruthenen wurde in Wilno eine Zeitschrift „Homan" gegründet, wo in jeder Nummer gegen das Polentum in unerhörter Weise gehetzt wird, während dem einzigen polnischen Blatte „Dziennik Wileński" (die übrigen polnischen Blätter wurden eingestellt) es nicht gestattet ist, sich mit einem Wörtchen zu verteidigen. So wird unter den „Randvölkern" Nationalitäten- und Kulturpolitik getrieben! Das Hauptziel wurde nicht erreicht: fürs Deutschtum wurden weder die Litauer, noch die Weißruthenen (wir wissen gut: auch die Ukrainer nicht!) gewonnen, dagegen entbrennten sie in einem künstlichen Gegensatz gegen die Polen.

Dies Gefühl ist nicht natürlich, es wird daher durch Köder geschürt und erhalten, die den Nichtpolen zugeworfen werden. Den Litauern wird das polnische Wilno versprochen, den Ukrainern das polnische Chełmer Land. Auch das genügt nicht, um die

Verfeindung zum „konstituierenden Prinzip“ zu erheben: wir lasen eben die Stimme eines litauischen Führers, der zur Verständigung mit den Polen anruft; in manchen ukrainischen Kreisen „droht“ dieselbe Gefahr — da lassen sich Stimmen vernehmen, die vor dem Polentum warnen. Die gute alldeutsche Presse schweigt natürlich auch nicht, und führende Abgeordnete möchten im Hauptausschusse das geschehene Unrecht petrifizieren, statt der Verständigung und dem Völkerfrieden das Wort zu reden. Und wir Polen brauchen ein gutes Verhältnis zu den Litauern und Ukrainern; werden doch nach dem Kriege in diesen Ländern hunderttausende Polen leben. . .

Wohin soll das alles führen?

Ich werde es frei und offen aussprechen.

Es kann die Zeit kommen, wo Deutschland den Völkerfrieden und die Eintracht im Osten unter Polens Führung brauchen wird — ohne dies dann, wenn es beim gegenwärtigen System bleibt, erreichen zu können.

Vorläufig hat die vom alldeutschen Geiste getragene Politik es erreicht, daß im Osten ein neuer Balkan entstanden ist: Litauer liegen im Streit mit Polen, Weißruthenen mit Polen und Litauern, die Ukraina ist ein echtes Albanien.

Andererseits wurde das erreicht, was die russische Herrschaft im Laufe von 120 Jahren nicht zustande gebracht hat: ein großer Teil der „Randvölker“ sehnt sich in die Arme Rußlands zurück.

Das sind die Folgen der alldeutschen Methoden. Haß und Verhetzung vermochten sie zu säen, nicht aber Liebe zu Deutschland. Im Gegenteil. Mehrere Völker, die im zweiten Kriegsjahr mit Ungeduld den Einmarsch der Deutschen erwarteten, sind jetzt aufs tiefste erbittert und bereit, in den Verband einer russischen Föderativ-Republik einzutreten *).

---

*) Dasselbe wurde in Berlin auch vom Vertreter der transkaukasischen Republik erklärt.

VI.

In der Plenarsitzung des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees und des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten am 14. Mai hielt Lenin eine größere programmatische Rede, die von der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg." als nicht uninteressant ziemlich ausführlich wiedergegeben wurde. Nach dieser Wiedergabe führte Lenin u. a. aus:

Aus dem Brester Vertrag habe sich von selbst der definitive Friedensschluß sowohl mit Finnland, als auch mit der Ukraina und der Türkei ergeben. Trotzdem führe Rußland mit jedem dieser Länder den Krieg weiter. Obwohl so viele leere und unnütze Worte über den Brester Frieden und die Unmöglichkeit, daß er eine Atempause bringen werde, geschrieben worden seien, sei es trotzdem erwiesen, daß Rußland sich einer Atempause von zwei Monaten erfreue, was bereits auch gewisse Ergebnisse gezeitigt hat. Die Atempause habe der Mehrzahl der russischen Soldaten die Möglichkeit gegeben, nach Hause zurückzukehren und von den Errungenschaften der Revolution und vom Lande Nutzen zu ziehen, sich umzuschauen und neue Kräfte für den neuen bevorstehenden Kampf zu sammeln. Die Verschärfung der Lage in Finnland, der Ukraina und der Türkei habe selbstverständlich dazu geführt, daß man das Ende der Atempause bereits zu sehen glaubte. Entgegen dem Friedenswillen der Sowjetregierung, entgegen ihrer Bereitwilligkeit, sogar auf die sogenannte Großmachtstellung zu verzichten, habe man, anstatt den vollen Frieden, nur kurzen Aufschub, immer dieselbe Frage nach Krieg und Frieden erzielt.

In diesem Geiste war die ganze Rede Lenins gehalten; es ist bekannt, daß Trotzki in seinem antideutschen Fanatismus noch weiter geht. Sollten mit der Zeit die Kadetten ans Ruder gelangen — so wird mit ihnen der Revanchegedanke und die englische Politik einen vollkommenen Triumph feiern. Die Alldeutschen sehnen sich deswegen nach der Restaurierung des Zarismus; sollte

dies auch gelingen, so wird der nächste Zar, um doch eine gewisse Popularität zu erlangen, die Revancheidee aufnehmen müssen.

Das Leben hat bezeugt, daß unsere Kenntnis der russischen Seele und russischen Zustände richtig war, nicht diejenige der Herren Cleinow und Hoetzsch, die schon genug Unheil dem deutschen Volke gebracht haben. Wir stellen also fest, daß die russische Gefahr für Deutschland gar nicht beseitigt ist, im Gegenteil, daß sie für die Zukunft größer ist, als vor Jahren.

Sämtliche „Randvölker" Rußlands, mit Ausnahme der Finnländer und der Polen, waren bis zum Ausbruch des Krieges ohne politische Aktivität, ja, entbehrten ganz jeglichen politischen Sinnes. Der große Revolutionär, der Krieg, hat nun die Gemüter aufgewühlt, alte Sehnsucht und neue Ideale lebendig gemacht, und die alldeutsche Politik hat das Wunder erzeugt — die Spitze dieser Sehnsucht und dieser Ideale gegen Deutschland zu wenden. Es geht heutzutage nicht mehr, Völker und Länder mit allerlei Ersatz, auch mit Befreiungsersatz zu speisen! Die Glanztaten der deutschen Kriegskunst wurden von der Politik gründlich verscherzt.

Volkssympathien und Antipathien führen ein langes Leben. Das neue, föderative Rußland, das nach wenigen Jahren entstehen wird, wird durch einen Volkswillen getragen sein, mächtiger, zielkräftiger als je. . .

— Von eurem polnischen Standpunkte aus — sagte mir vor einigen Tagen ein deutscher Freund — wäre das gar nicht schlimm. Ihr werdet vielleicht in der nächsten Zeit ein großes Rußland brauchen!

Wir verstehen die Absicht, wollen aber von ihr nichts wissen.

Polen hat im Laufe des XIX. Jahrhunderts mehrmals Gelegenheit gehabt, die geistige Führerschaft in Rußland zu übernehmen, hat aber diese Rolle verschmäht. Wir weisen sowohl das zarische, wie das bolschewistische Rußland zurück. Auch die Kadetten stehen uns nicht näher.

Wir wollen nicht in Rußland Herren sein, aber ebensowenig Diener eines anderen Staates! Wir wollen nicht an der Spitze des neuen Panslawismus marschieren, aber auch nicht Opfer einer nach alldeutschen Methoden vollbrachten „Einschnürung" sein!

Wozu soll all dies führen? Der denkende deutscher Leser weiß es gut, daß man heute das im Osten politisch und kulturell reifste Zwanzigmillionenvolk aus dem Laufe der Geschichte

nicht ausschalten, in ein willenloses Objekt nicht umwandeln kann. Nur weiß er vielleicht nicht, wie dieses Objekt in der Nationalitätenfrage behandelt wird. Nur kennt er nicht die Propaganda des Ostmarkenvereins in Galizien, das herrschende System in Wilno, die Folgen der Chelmer Paragraphen vom Brester Vertrag, die Verhinderung einer ukrainisch-polnischen Verständigung in Kiew.

Wir machen darauf aufmerksam — und warnen.

Die ganze deutsche Nationalitätenpolitik ist falsch eingestellt. Im Osten schafft sie einen Vulkan.

Wir tun's aber nicht wie mancher verwilderte ukrainische und litauische Patriot, der nichts Positives aus seiner Heimat zu melden weiß, dafür aber fortwährend das Polentum vor den Deutschen denunziert und ihm die Freiheit des Vaterlandes rauben möchte. Wir sprechen nicht den Litauern die Befähigung zur Selbständigkeit ab, wie es manche „Befreier" tun, denen es auf Germanisierung und Kolonisierung ankommt. Wir sprechen auch den Ukrainern die Möglichkeit einer Konsolidierung und Schaffung eines Volksstaates nicht ab, wie es sehr fortgeschrittene und ernste Kenner des Landes tun*). Wir sind auch weit davon entfernt, uns dem deutschen Sieger als einzig reifes, einzig zuverlässiges Staatsvolk mit dem Vorschlag zu empfehlen, uns um den Preis von Gegenleistungen zu Herren der Situation zu machen.

Nein. Wir sind für ein selbständiges Litauen, für eine freie Ukraina, ja, für ein autonomes Weißruthenien.

Aber vor allem — für ein freies, unabhängiges Groß-Polen. Nicht für ein Polen, das in den alten zehn Gouvernements eingeschlossen wäre, die übervölkert, ohne Siedelungsgebiet, von einer unerfüllten nationalen Sehnsucht getragen, einer unruhigen Zukunft entgegengehen müßte. Noch weniger für ein Polen der Herren Cleinow und Class, das wichtiger, urpolnischer Landesteile beraubt, mit „Umsiedelungen" bedroht, verarmt und gedemütigt, sich nie mit seinem Schicksal befreunden könnte.

---

*) „Es wäre ein Fehler, die deutsche Politik auf ein dauerndes Freundschaftsverhältnis mit einer selbständigen und unabhängigen Ukraina anzulegen; denn das ukrainische Volk besitzt kein nationales Bürgertum, keine nationale Intelligenz und Arbeiterschaft, alle diese Elemente sind nach Sprache, Tradition und Empfindung großrussisch, das Bürgertum zum Teil auch polnisch; unter diesen Umständen ist es eine Illusion, zu glauben, daß die Ukraina jetzt bereits imstande sei, einen dauernd unabhängigen Staat zu bilden." (Dr. Hans Vorst im „Berliner Tagebl." vom 16. Mai.)

Wir sind für ein ethnographisches Litauen, das die polnische Stadt Wilno nicht beanspruchen kann; für eine freie Ukraina, der Chełm weder seinem Glauben noch seinem Charakter nach angehört — und natürlich für ein kräftiges, lebens- und entwicklungsfähiges Polen. Das gegenwärtige Polen ohne Wilno und Chełm steht eigentlich nicht mehr im Gegensatze zu Rußland — war das die Absicht seiner Befreier? Wir sind indes für ein Polen, das kein Interesse hätte, ein Herd der Feindschaft gegen Rußland zu sein, aber nötigenfalls auch imstande wäre, einen Damm gegen die aus Rußland heranstürmenden Wellen zu bilden. Dies Polen müßte aber entsprechend groß und zufriedengestellt sein, d. i. es müßte die möglichst größte Zahl polnischer Völker vereinigen, sonst würden wir uns nach dem Kriege in einer schlimmeren Lage befinden als zuvor, da wir zwischen mehr Staaten geteilt verbleiben und fast überall von Entnationalisierung bedroht sein werden. Das ist für uns eine Gefahr, aber gewiß auch für die Mittelmächte.

Die Schaffung eines von uns gewünschten Polenstaates wäre eine ehrliche und zugleich reale Politik, während die gegenwärtige mit lauter Fiktionen operiert. Eine Fiktion ist das heutige Litauen, in dem die Litauer nur eine unbedeutende Majorität, und zwar fast ausschließlich unter der Bauernschaft bilden, während doch jedes Kind weiß, daß die Polen dort die einzige Intelligenzschicht bilden. Eine Fiktion ist die Ukraina, in der ohne das Polentum kein Getreide für den Zentralmächte vorhanden ist, und wo es nur Ansätze zu einem ukrainischen Volksstaate gibt, die eben der Hilfe der Polen bedürfen, derjenigen Polen, die schon aus Klasseninteressen (wenn auch nach einer entsprechenden Agrarreform) gegen Rußland und für die Zentralmächte sein müßten...

Die heute getroffenen „Entscheidungen" sind gewiß nicht das letzte Wort der Weltgeschichte in der Regelung der Ostfragen; über Polen wurde überhaupt noch nicht entschieden; deswegen erheben wir unsere Stimme.

Noch ist es Zeit, im Osten statt der gegenwärtigen Nationalitätenanarchie und russischen Gefahr — eine blühende Zukunft zu schaffen. Durch politischen Sinn und Gerechtigkeit für alle — besonders für Polen.

Und was die Ukrainer und Litauer anbetrifft — wir werden schon mit ihnen, wenn nur störende Mächte nicht eingreifen — uns verständigen. Mit den Litauern — im Namen der wahren Freiheit, während die in der Ukraina lebenden Polen, als Bürger des ukrainischen Staates, sich eben mit den wahren Ukrainern zusammenfinden könnten: im Namen einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen einen Anschluß an Rußland. Und ist ihre Zahl nicht groß — desto eher werden sie alle freiwillig Freundschaft mit Deutschland suchen, nur wäre das Freundschaft — nicht Vasallentum, Freundschaft, die auch ein gutes, nachbarliches Verhältnis zum Polenstaat nicht ausschließen müßte.

Also ein kräftiges, entwickelungsfähiges Polen, Verständigung, Einlenken in das System des Völkerbundes, das würde den deutschen Interessen besser dienen, wie das gegenwärtige System, das in sich Keime der größten Gefahren trägt.

NOTIZEN.

Politisches.

Auflösung des Korps Dowbor-Musnicki. (W. B.) Am 21. Mai wurde in Mińsk zwischen den Vertretern der deutschen Obersten Heeresleitung und dem Generalgouvernement Warschau einerseits und dem Generalmajor von Garnicki als bevollmächtigten kommandierenden General des ersten polnischen Korps Dowbor Muśnicki andererseits eine neue Vereinbarung abgeschlossen. Die Februarvereinbarungen von Bobruisk entsprachen den durch den Friedensschluß mit Rußland veränderten tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr, auch hatte sich die Lage beim ersten polnischen Korps derartig gestaltet, daß ihre schnelle Klärung, ähnlich wie bei den russisch-polnischen Truppen in der Ukraina, dringend notwendig wurde. Das erste polnische Korps wird aufgelöst. Die Offiziere und Mannschaften können als freie Bürger in die Heimat zurückkehren.

Neue Ernennungen zum Staatsrat. Infolge Mandatsniederlegung durch zwei Mitglieder des Nationalen Arbeiterverbandes hat der Regentschaftsrat durch Dekret vom 3. Mai d. J. auf die freigewordenen Posten die Herren Stanisław Brun, Großindustriellen und Vorsitzenden der Warschauer Kaufmannschaft, sowie Franciszek Pałaski, Generalsekretär der Warschauer Gesellschaft der Wissenschaft, zu Mitgliedern des Staatsrates ernannt.

Einberufung des Staatsrates. Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, verlautet, daß der Staatsrat des Königreichs Polen etwa zum 20. Juni einberufen werden soll.

Der hundertste Todestag des Generals Dąbrowski. Am 6. Juni jährt sich zum hundersten Male der Todestag des Generals Dąbrowski, des Schöpfers der polnischen Legionen. Zur Feier des Tages fand ein feierlicher Gottesdienst in der Kathedrale und eine Festsitzung des Stadtverordnetenkollegiums in Warschau statt. Es wurde beschlossen, den Platz „Zielony" zu Ehren des Gedächtnisses Dąbrowskis in „Plac Dąbrowskiego" umzutaufen, außerdem wurde im Rathaus eine Gedächtnistafel enthüllt.

Spaltung im national-demokratishen Lager in der Emigration. Die eine staatlich-schöpferische Tätigkeit in der Heimat verneinende Politik Roman Dmowskis hat zu einer Spaltung im national-demokratischen Lager in der polnischen Emigration geführt. Ein Teil der Nationaldemokraten hat sich abgesondert und erklärt die Dmowskische Politik als phantastisch und für Polen schädlich. Auch aus der Lausanner Agentur sind zahlreiche Mitglieder ausgetreten. An der Spitze der Sezessionisten in Paris steht Korwin-Milewski, das ehemalige Mitglied der russischen Staatsduma und des russischen Staatsrates.

Internierung. Der bekannte Führer der National-Demokratie, W. Grabski, ist Anfang April d. J. aus Rußland nach Warschau zurückgekehrt. Da er sich in der Politik in passivistischem Sinne betätigt hat, haben die Okkupationsbehörden, wie wir der „Deutschen Warschauer Zeitung" entnehmen, W. Grabski in einem Gefangenenlager interniert.

Soziales.

Vom polnischen General-Komitee in Vavey. Die Tätigkeit des Komitees im abgelaufenen Berichtsjahre wickelte sich nach den gleichen Grundsätzen ab, wie in den vergangenen. Sie betraf in der Hauptsache: Ansammlung von Geldmitteln, Verteilung von Unterstützungen, Hilfe für Gefangene, Recherchen nach Verschollenen, Vermittlung in der Korrespondenz zwischen Personen, die durch die Kriegsereignisse getrennt wurden. Das Komitee hat im ganzen bisher vereinnahmt 17 421 663,48 Franken, hiervon im abgelaufenen Berichtsjahre 1917 1 594 163,80 Franken. Seit dem 1. Januar 1918 hat das Komitee vereinnahmt 845 917,36 Franken, von dieser Summe wurde bis zum 15. März d. J. verausgabt: 100 000 Franken für Litauen, 20 000 Franken für die ärmsten Schüler der polnischen Schulen im Chełmer Lande, 7500 Franken für die polnischen Schulen in Wolhynien, 10 000 Franken für die polnischen Schulen in Ostgalizien, 157 257,50 Franken für Westgalizien, 279 100 Franken für das Generalgouvernement Warschau, 50 000 Franken für das Chełmer Land, 50 000 Franken für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet, den polnischen Kriegsgefangenen wurden für 65 908,13 Franken Lebensmittel gesandt, und die verbleibenden 13 560,25 Franken wurden für die durch die Kriegsereignisse geschädigten Personen bestimmt, die sich in der Schweiz, Oesterreich, Italien, Schweden und Spanien aufhalten.

Kirchliches.

Erzbischof Simon in Krakau. Der Archipresbiter der Krakauer Marienkirche, Erzbischof in partibus infidelium, Franz Albin Simon, ist plötzlich am 27. Mai d. J. in Krakau verschieden. Der Verstorbene gehörte zu den hervorragendsten Geistlichen der katholischen Kirche in Polen und war ein glühender polnischer Patriot. Erzbischof Simon wirkte früher in Rußland und hat sich wegen seiner Einführung der polnischen Sprache in den Gottesdienst die Feindschaft der russischen Machthaber zugezogen. Im Jahre 1897 wurde er verhaftet und nach Odessa verbannt, wo er bis zum Jahre 1901 verbleiben mußte. Später erhielt er die Erlaubnis, nach Rom zu reisen, wo er zum Titularbischof ernannt wurde. Im August 1913 wurde er nach Krakau berufen, wo er bis zu seinem Tode, segensreich nach allen Richtungen hin wirkend, als Archipresbiter der alten Marienkirche und Erzbischof in partibus infidelium lebte.

Der päpstliche Delegierte in Warschau. In Warschau ist der päpstliche Bevollmächtigte, Monsigore Victor Achilles Ratti, Apostolischer Protonotarius, eingetroffen und auf dem Warschau-Wiener Bahnhof von dem Erzbischof Kakowski an der Spitze der gesamten Geistlichkeit begrüßt worden. Der Protonotarius wird in Warschau ständigen Aufenthalt nehmen.

Generalsuperintendent Bussche in Lodz. Am 12. Mai nahm der Generalsuperintendent des Warschauer evangelisch-augsburgischen Konsistorialbezirkes in Lódź die Ordination eines Predigtamtskandidaten vor. Der Generalsuperintendent hielt an den Predigtamtskandidaten eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, daß in Polen gegenwärtig ein großer Mangel an Seelsorgern herrsche. Wir brauchen aber tüchtige Pastoren. Ein Pastor muß ein ganzer Mann sein und den Weg gehen, den der Heiland der Menschheit gezeigt hat. Er muß vom Geiste des Evangeliums durchdrungen sein und in diesem sein Amt verwalten. Die lieben Amtsbrüder haben während der schweren Zeit des Krieges tüchtige Arbeit geleistet, auch die aus Deutschland hierher gekommenen Pastoren. Wir brauchen aber Pastoren aus der Mitte unserer Landeskinder, Fleisch von unserem Fleisch, die das Wohl unseres Landes fühlen, die die Verhältnisse kennen und mit uns fühlen können. Gott möge doch viele solche Arbeiter uns hierzulande geben. Mancher Pastor kann ein begabter Redner sein, aber doch ein schlechter Christ. Das Herz muß bei der Arbeit sein. Das Amt eines Seelsorgers in dieser Zeit ist doppelt verantwortlich. Wie groß ist doch der Haß, der durch den Krieg unter Hoch und Niedrig ausgestreut worden ist. Auch heute noch wird viel Haß ausgestreut. Wir sind in die Welt des Hasses hineingestellt. Gottlob, es ist schon besser geworden. Ein Seelsorger ist dazu berufen, das

Schifflein in diesem großen Sturme zu lenken; er hat nicht auf das Brüllen des Sturmes zu hören, sondern auf sein Steuer zu schauen und auf Gott zu vertrauen.

Am Nachmittag fand noch eine feierliche Begrüßung des Generalsuperintendenten durch die Pastoren und Kirchenkollegien statt. Nach den Begrüßungsreden, nach deutschen und polnischen Psalmgesängen hielt Generalsuperintendent Bursche eine längere Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführte:

Die schwere Prüfungszeit seiner Verbannung sei ihm zum Segen geworden. Gott habe ihn gewürdigt, in der Verbannung mit seinen Glaubensgenossen zu leiden. Der Generalsuperintendent betonte, daß er über den Parteien stehe und bestrebt sei, die Einigkeit in der Kirche zu erhalten. Er müsse dem deutschen als auch dem polnischen Teil der evangelischen Kirche hierzulande gerecht werden. Der Stand der Pastoren sei hier ein schwerer, da die Gegensätze sehr groß sind. Er werde sich von niemandem beeinflussen lassen und auch fernerhin zum Heil des deutschen und polnischen Teiles seiner Glaubensgenossen arbeiten. Man habe ihm zu Unrecht vorgeworfen, daß er ein zu großer Pole sei.

„Ich bin kein Deutscher in diesem Sinne, daß ich mit dem Herzen im Auslande leben. Ich bin in diesem Lande geboren, hier erzogen, habe hier studiert und bin mit meiner Familie, die schon seit mehreren Generationen hier ansässig ist, mit diesem Lande verwachsen.“ Nach seiner Auffassung sei es das Verdienst der hiesigen einheimischen Pastoren und Lehrer, die deutsche Sprache immer hochgehalten und selbst in der schweren Zeit der Russifizierung in den Schulen hierzulande die deutsche Sprache nach Möglichkeit bei ihren Glaubensgenossen genährt und gepflegt zu haben. „Ich will keinen Deutschen zum Polen und keinen Polen zum Deutschen machen. Wir Pastoren haben keine völkische Agitation zu treiben; mir sind alle meine Gemeindeglieder ans Herz gewachsen.“

Der Redner sprach noch Worte der Anerkennung und des Dankes für Pastor Gundlach, der ihn während seiner Abwesenheit in so aufopfernder Weise vertreten und die Interessen der Kirche gewahrt habe, über das gute Einvernehmen unter den Pastoren und den Kirchenkollegien, die immer gemeinsam das erste Ziel, das Wohl der evangelischen Kirche zu fördern, im Auge behalten hätten. Zum Schluß hielt der Generalsuperintendent noch eine kurze Rede in polnischer Sprache. Die Feier wurde mit Gebet und dem Schlußgesang beendet.

Wirtschaftliches.

Die polnische Valuta. Dem „Berliner Börsen-Courier“ vom 1. Juni dieses Jahres entnehmen wir folgende bemerkenswerten Ausführungen: In dem ehemals russischen Königreich Polen

waren die Geldverhältnisse durch den Krieg vollkommen aus der Ordnung gebracht. Hauptaufgabe der deutschen Verwaltung in wirtschaftlicher Hinsicht war es, in diesem Lande wieder normale Geldverhältnisse herzustellen. Zur Lösung dieser Aufgabe ist die Polnische Landesdarlehnskasse errichtet worden, die am 26. April 1917 ihren Betrieb aufgenommen hatte und jetzt zum ersten Male eine Uebersicht über ihre Tätigkeit veröffentlicht. Darin wird als Hauptziel der Darlehnskasse die Einführung der neuen polnischen Währung im Generalgouvernement Warschau bezeichnet. Diese Aufgabe war sehr erschwert, weil die Bevölkerung den russischen Rubel bevorzugte. Die deutsche Mark, die in großem Umfange schon durch die Zahlungen der Truppen nach Polen floß, wurde vom Publikum dagegen meist sofort abgestoßen. Die polnischen Bauern waren mißtrauisch und wollte ihre Ersparnisse auch für den Fall in Rubeln aufbewahren, daß etwa die Russen wiederkämen. Infolgedessen war in der ersten Zeit nach der Besetzung Polens der Rubel dauernd gesucht, die Mark dauernd angeboten, und die Bewertung des Rubels erreichte im Verhältnis zur Mark eine geradezu unsinnige Höhe. Während auf den internationalen Märkten der Kurs des Rubels in Parität zur Mark etwa 0,95 bis 1,10 notierte, erreichte er in Warschau einen Kurs von 2,50 Mark und darüber. Ein deutsches Durchfuhrverbot für Rubel hatte diesem Uebelstand nicht vollkommen abgeholfen.

Auch die Polnische Landesdarlehnskasse, die als neue Währung die polnische Mark einbürgerte, ist von den polnischen Bauern zunächst mißtrauisch aufgenommen worden. Ihr kam aber zur Hilfe, daß sich der Kurs des Rubels unter dem Eindruck der militärischen Erfolge im Osten und der russischen Revolution erheblich ermäßigte und nur noch sehr ungern von der Bevölkerung angenommen wurde.

Nachdem das Vorurteil für den Rubel erst einmal ausgelöscht war, kann der Bann als dauernd gebrochen gelten. Die polnische Mark hat sich seitdem in der Bevölkerung gut eingeführt. Bei der Errichtung der polnischen Landesdarlehnskasse ist zwischen der polnischen Mark und der Reichsmark eine feste Parität von 1:1 festgesetzt worden. Dieser gesetzlichen Parität mußte aber auch die tatsächliche entsprechen. Bei der großen Neigung der polnischen Händler zu allerlei Valutaspekulationen und den geringen Kenntnissen der Bevölkerung war das keine leichte Aufgabe. Die gleiche Verwertbarkeit der polnischen Mark mit der Reichsmark wurde schließlich dadurch erreicht, daß die Polnische Landesdarlehnskasse bei Ueberweisungen nach Deutschland keinen Unterschied zwischen polnischer und Reichsmark machte. Das Gleiche war nach Vereinbarung der Postbehörde bei Sendungen durch Postanweisung der Fall. Schließlich verpflichteten sich alle deutschen Großbanken, überall ihnen angebotene Landesdarlehnskassenscheine zum Nennwert in Reichsmark einzulösen. Damit ist eine Haupt-

aufgabe des Instituts erledigt. Zu einer Landeswährung, die händlerische Spekulationen zum Schaden der Gesamtbevölkerung ausschließt, ist der Grund gelegt.

Eine zweite, mindestens ebenso wichtige Aufgabe ist die Befriedigung des Kreditbedarfs. Schon jetzt hat die Kasse den großen Kommunen Warschau, Lódź, Czenstochau u. a. erhebliche Kredite gewährt. Auch das Publikum hat Kredite meist in Form von Lombarddarlehen gegen gut fundierte polnische Wertpapiere beansprucht.

Ein drittes Arbeitsgebiet, das Wechseldiskontgeschäft, ist noch nicht weit ausgedehnt, da sich der Geschäftsverkehr des Landes noch nicht entsprechend belebt hat, auch auf Kredite bei der allgemeinen Geldflüssigkeit wenig angewiesen ist. Bemerkenswert ist, daß am Ende des Jahres 1917 270 Millionen Mark polnische Marknoten der Polnischen Landesdarlehnskasse umliefen. Die Umsätze zeigten von Woche zu Woche eine erhebliche Zunahme und betrugen bis zum Schluß des Jahres mehr als 5 Milliarden. Im Januar und Februar des Jahres 1918 erreichten sie bereits allein 1,6 Milliarden. Die Polnische Landesdarlehnskasse ist auf dem besten Wege, die finanziellen Verhältnisse des Landes zu reorganisieren und bei dem wirtschaftlichen Aufbau Polens eine Hauptstütze zu werden, ja sie hat diesen durch die Einführung einer gesicherten Währung überhaupt erst möglich gemacht. Diese Leistungen werden namentlich auch von polnischer Seite immer mehr anerkannt.

Die Wasserversorgung der Stadt Lodz. Der Direktor der Warschauer Kanalisations- und Wasserwerke, Ingenieur Schönfeld, hat im Verein der Techniker einen Vortrag gehalten über das Projekt von W. H. Lindley, betreffend die Wasserversorgung von Lódź. Der Zivilingenieur W. H. Lindley in Frankfurt a. M., der Erbauer der Warschauer und Hamburger Wasserwerke, hat auch für die Stadt Lódź ein Projekt ausgearbeitet, das aber während der russischen Zeit aus verschiedenen Gründen nicht zur Ausführung kam. Da die Wasserversorgung der Stadt Lódź ein sehr wichtiges Problem bildet, so wird man sich in der Zukunft mit dem Lindleyschen Projekt noch öfter zu beschäftigen haben.

Die Juden in der Landwirtschaft. Die jüdische Presse berichtet daß der Lodzer Verband der jüdischen Pfadfinder sich an die jüdischen landwirtschaftlichen Kolonisten gewandt hat, mit der Bitte um Aufnahme jüdischer Pfadfinder während der Sommerferien zwecks Ausbildung in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstraße 19.

Berliner Tageblatt. (16 II. 1918.)
Kein Politiker, der sich mit den Ostmarken beschäftigt, sollte es versäumen, seine Kenntnisse aus diesem Buche zu bereichern. Es ist eine wahre Fundgrube von bedeutsamem Material.

Leipziger Tageblatt. (Nr 88. 17. II. 1918).
Die Arbeit eines feurigen polnischen Patrioten und doch ein Buch, das mit wissenschaftlicher Objektivität und in ernster Gewissenhaftigkeit seinen Gegenstand zu erfassen sucht.

Die Hilfe. (2 V. 18.)
Das Buch ist eine Materialsammlung von so gewaltigem Reichtum, die nur der erstaunliche Fleiss und ausserordentliche Gründlichkeit des Verfassers zusammenbringen konnte.

„Wiek Nowy"-Lemberg. (Nr. 4959 vom 24. November 1917.)
„. . . Das neue Buch Feldmans über die politischen Ideen in Polen ist sehr zur Zeit erschienen. Es ist in deutscher Sprache herausgegeben, soll vornehmlich für Deutsche dienen, soll ihnen die Augen öffnen über manche bisher unbekannte Geheimnisse der polnischen Seele, und soll ihnen manches erklären, was während des gegenwärtigen Krieges in dem Verhalten der Polen den Deutschen unverständlich erschien. Da nun die Verblendung und das Vorurteil des deutschen Volkes über Polen durchaus keine gleichgültige Sache ist, sondern im Gegenteil grosse Wichtigkeit hat, so wächst das Feldmansche Buch zu der Bedeutung einer grossen Bürgertat heraus, dies umsomehr, als es seinen informatorischen Zweck gut und zweckmässig erfüllt".

„Kultura Polski"-Krakau. (Nr. XX vom 19. Mai 1918.)
„. . . In der Arbeit Feldmans erhält die deutsche politische Literatur ein sehr ernsthaftes Handbuch, mit grosser Sachkenntnis niedergeschrieben, mit sehr viel Material, geschickt beleuchtet und den Aufgaben derjenigen Politik angepasst, die zwischen Deutschland und dem polnischen Staat einen modus vivendi schaffen will".

„Wiadomości Polskie"-Piotrków (Nr. 180 vom 19. Mai 1918.)
„. . . man muss zugeben, dass das Bild genau, quellenmässig bearbeitet und in einer für den fremden Leser sehr schönen und anziehenden Form abgefasst ist. Bei der Niederschrift seines Buches hat der Verfasser das Maximum allen für eine Einzelperson zugänglichen Quellenmaterials erschöpft".

„Glos"-Warschau (Nr. 19 vom 20. Januar 1918)
„. . . Feldman ist ein Geist, der vor allem sich durch eine ungeheure Arbeitsamkeit auszeichnet und durch die Fähigkeit, das angesammelte Material geschickt auszunutzen. Ein Material, das so reich ist, dass ein Durchschnittsjournalist sich in ihm gar nicht orientieren könnte, während Feldman in seiner Arbeit ein vollendetes Ganzes bietet. Das Buch wird in der Zukunft wahrscheinlich noch lange Zeit hindurch für unsere Politiker und Schriftsteller die einzige und auch unerschöpfliche Quelle sein; es ist für jeden, der sich für die Geschichte des polnischen politischen Gedankens interessirt, unentbehrlich. Sehr gelungen ist die Synthese der einzelnen Epochen und Erscheinungen, sie erleichtert dem Laien ungemein die Orientierung in der Vergangenheit und in den einzelnen Erscheinungen der polnischen Politik. Die gewissenhafte Anführung der Quellen gestattet es, diese Synthese in jedem Falle zu kontrollieren, und gewährt gleichzeitig die Möglichkeit, die von dem Verfasser zitierten Quellen oder besprochenen Erscheinungen selbständig zu studieren."

„Monitor Polski"-Warschau (Nr. 40 vom 6 April 1918)
„. . . Nicht eine Geschichte der Taten bringt die Arbeit Feldmans, sondern eine Geschichte der Gedanken, der politischen Theorien, der Programme. Der Leser hat vor sich ein Bild der polnischen politischen Literatur der hundert letzten Jahre des polnischen Lebens: mehrere Tausende bibliographischer Nummern mag der Verfasser verarbeitet haben. Als Ergebnis bringt die organische Uebersicht nicht allein ein Bild der „grossen Politik", sondern zugleich — aller der Strömungen, die damals die Nation erfüllten: wir finden also in dem Buch eine Geschichte unserer Beziehungen zu Frankreich, Oesterreich, Russland, Deutschland, aber auch eine Geschichte der polnischen Demokratie, der aristokratischen Politik, der Bauernfrage, des Sozialismus usw. Und auf diesem gedanklichen Hintergrund treten repräsentative Einzelpersonen auf. Ein umfangreiches Inhalts- und Namensverzeichnis erleichtert die Orientierung in diesem Material".

„Glos Narodu"-Krakau. (Nr. 303, 1917.)
„. . . das Buch ist reich an tatsächlichem Material, interessant wegen der Charakteristik der Menschen und der Strömungen in der Zeit nach den Teilungen und der uns näherstehenden Zeit nach dem letzten Aufstand. Es wird zweifellos der deutschen Allgemeinheit grosse Dienste leisten, indem es ihr als Quelle über die Entwicklung des polnischen politischen Gedankens dienen wird. Können wir doch hieraus den ganzen Entwicklungsprozess kennen lernen und uns hierdurch auch in dem gegenwärtigen Augenblick orientieren.

Es wäre nur zu wünschen, dass der zweite Band, der für das deutsche Publikum nun schon zugänglich geworden ist, auch bald der polnischen Oeffentlichkeit vorgelegt wird".

„Polen"-Wien. (Nr. 165.)
„Wie man sich auch einzelnen Urteilen oder Schlüssen des Verfassers gegenüber halten mag, sein Werk muss immer als eine höchst verdienstvolle Leistung anerkannt und geschätzt werden".